

immer zu Gunsten Frankreichs enteignet werden; die Saarbergleute sollen ihre Arbeit auf ewig einem fremden Staate opfern: Kolonial-Sklaverei in Reinkultur! Im Herzen Europas! Um dieser Morgenröte willen soll die deutsche Saarbevölkerung mit Stolz nach der „Ehre“ gelüsten, die einzigen Untertanen der „Gesellschaft der Nationen“ zu werden!

Das Groteske an der Sache, weshalb ein „Ei des Columbus“ überhaupt diskussionsfähig wurde, beruht jedoch auf der nach vielen Richtungen bezeichnenden Tatsache, daß die ernsthafte französische Regierungspresse, gerade die offiziellen Sprachrohre der neuen Rechtsregierung, diese typische Ausgeburt französischer Selbstüberhebung als mögliche Grundlage internationaler Auseinandersetzungen behandeln. . .

Für eine große Reform der Sozialversicherung.

Das Wort des Reichskanzlers Brüning von dem „Zehnjahresplan“ wird noch oft wiederholt werden. Ein wichtiger Abschnitt dieses Reformwerkes wird eine grundlegende Umorganisation der gesamten Sozialversicherung werden. Mit einer einzigen Ausnahme befinden sich alle Zweige der Sozialversicherung in finanziellen oder organisatorischen Schwierigkeiten. Dieser eine Zweig ist die Angestelltenversicherung, die jetzt 20 Jahre besteht und die erst nach etwa 10 Jahren zu den Normalbelastungen aufgerückt sein wird. Die Alters- und Invaliditätsversicherung sieht ihre Reserven in schnellem Tempo dahinschwinden. Die Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in das Erwerbsleben und damit in die Prämienleistung eintreten werden, sind erheblich dünner besetzt als die Jahrgänge, die als rentenempfangsberechtigt aus dem Erwerbsleben und der Prämienpflicht ausscheiden werden. Die Sonderversicherung, die für die Pensionierung der Bergleute besteht, die Knappschaftsversicherung, hat bereits zur Senkung ihrer Leistungen schreiten müssen, um unmittelbare Zahlungsschwierigkeiten zu vermeiden. Die Krankenversicherung drohte ebenfalls in Not zu geraten; die Reichsnotverordnung vom 26. Juli 1930 hat für diesen Versicherungszweig Reformen angeordnet, von denen man sich immerhin Erfolge verspricht. Böslich gerüttelt ist die Arbeitslosenfürsorge. Sie ist in drei Teile zerfallen: die eigentliche Arbeitslosenversicherung, die Reichs-Krisenfürsorge und die gemeindliche Wohlfahrtsverbandsfürsorge.

Ueber die Reform der Arbeitslosenfürsorge wird in den nächsten Wochen ein Ausschuss von 10 unparteiischen Persönlichkeiten beraten. Diesem Ausschuss werden die Ergebnisse der Untersuchungen unterbreitet werden, die der Reichsparkommissar dem Vernehmen nach in den beiden Landesarbeitsamtsbezirken Mitteldeutschland und Niedersachsen veranstaltet hat. Man munkelt, daß dieser Bericht böse Feststellungen enthalten soll, so z. B., daß in erheblichem Umfange Arbeitslosenrenten an Personen gezahlt worden sind, die gar nicht existieren! In eingetragenen Kreisen besteht nahezu Einmütigkeit darüber, daß die Zersplitterung der Arbeitslosenfürsorge die Hauptquelle aller Uebel ist, und daß eine Konzentrierung der Fürsorge unter maßgebender Mitwirkung der Gemeinden der richtige Reformweg ist. Denn nur die Ge-

meinden können eine Kontrolle ausüben, durch die der Mißbrauch der Einrichtungen für unredliche Elemente zu einem ersten Wagnis wird. In der Bemessung der Ansprüche muß weiter eine gerechtere Teilung und Zusammenfassung der Risiken eintreten; nach den Feststellungen eines Angestelltenverbandes erhält der Bauarbeiter durchschnittlich an Arbeitslosenrenten mehr als den doppelten Betrag seiner Prämienleistung heraus, der Angestellte dagegen durchschnittlich nur ein Drittel. Bei der Knappschaftsversicherung wird zu überlegen sein, ob sie heute noch als Sondereinrichtung am Platze ist und nicht mit der allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung zusammengelegt werden kann.

Weiter wird folgender Fragenkomplex zu untersuchen sein: Welche Versicherungszweige eignen sich zu einer gemischten Finanzierung, nämlich aus Mitteln der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und des Staates, welche Versicherungszweige sollten den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam überlassen bleiben, und welche Zweige überträgt man am besten den Verbänden der Versicherten allein, damit ein möglichst großes Maß an Mißbrauchsbekämpfung erzielt wird. Wenn auch die große Reform der Sozialversicherung nicht übers Knie gebrochen werden darf, so muß doch verlangt werden, daß die vorbereitenden Studien, Erhebungen und Vorschläge ohne Zeitverlust in Angriff genommen werden.

Dr. Eroll.

Den vorstehenden Artikel des Herausgebers der „Wirtschaftswarte“ bringen wir, um zu zeigen, daß ernste Absichten bestehen, den ganzen Komplex des Versicherungswesens einer Reform zu unterziehen. Wenn die Wirtschaft die ebenso ernste Absicht hätte, den Arbeitsprozeß auch so zu reformieren, daß die Arbeit, auch die mechanischste und die geringste, mehr zur Lust und Freude auch dadurch würde, daß ihr Ertrag eine staatliche Versicherung überflüssig machte, dann würde man das alles mit Freude begrüßen. Wenn bei der Masse der im Versicherungswesen in Frage kommenden Menschen einzelne Fälle festgestellt werden, wo Arbeitslosenrenten und Versicherungsgelder unrechtmäßig in Empfang genommen wurden, so sind wir der Meinung, daß auch andere Kreise Ursache genug hätten, an ihre Brust zu schlagen. Steuerhinterziehungen, Pensionsbezug und reicher Verdienst im Neben- oder Eigenbetrieb und ähnliche Dinge sind auf die gleiche Stufe zu stellen. Jede Reform, die nicht von vornherein mit dem Vertrauen begrüßt werden kann, daß sie Menschen aus größerem Elend, aus leiblicher und seelischer Not herauszuheben vermag, ist zwecklos und gefährlich.

Die Schriftleitung.

Sanierung.

Von H. v. Homeyer-Düsseldorf.

Das ist die Lage: Herr Reichskanzler Brüning wirkt in allen Gegenden Deutschlands am Vertrauen und Mitarbeit zur Abwendung der Katastrophe mit Darlegungen, die man nur unterschreiben kann. Herr Reichsminister Dietrich äußert sich zum Arbeitslosenproblem mit Gedanken, die den Gipfel der Wirtschaftsfremdschheit darstellen. Die deutsche Regierung liefert in zollpolitischen

Verhandlungen mit Frankreich den eklatanten Beweis der Schwäche. Reichsbanner und Nationalsozialisten reihen gegeneinander die Häute in einer Wette, die die schwierige Situation dunkel überflattet. Die Krise schleicht weiter. . .

Hinter dem guten Willen des Reichskanzlers klingen lauter Divergenzen. Das Wissen hierum löst eine große Aktion in die Welt der kleiner behutsamer Teilnehmern auf. Man spricht von einem Zehnjahresplan. Kann und darf man das? Wo werden wir in zehn Jahren sein? Wird sich unter der schweren Belastung weltanschaulich widerstrebender Kräfte in diesem langen Zeitraum überhaupt aus dem Mosaik des Kleinwerkes etwas auch nur annähernd Homogenes gestalten lassen?

Wir bezweifeln das. In weitesten Kreisen des deutschen Volkes ist ein Glaube an ein Sanierungswerk nicht mehr zu erwecken, wenn es ein sozialistisches Vorzeichen hat. Der Enttäuschungen waren zu viele und das Mißtrauen ist wach und berechtigt, daß trotz aller Sanierungsarbeit, vielleicht sogar in ihr sozialistische Ziele ihre Verwirklichung suchen. Das macht alle Wirksamkeit dieses Kabinetts zu Experimenten im luftleeren Raum.

Der Kanzler liefert den Beweis dafür, daß man Gedanken und Absichten wohl zustimmen, daß man aber trotzdem zu ihnen in Opposition stehen kann. Alles, was er ausführt ist richtig, aber nur unter der Voraussetzung einer grundsätzlichen anderen Weltanschauung. In der Atmosphäre der Verbrüderung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie kann uns kein Segen daraus erwachsen.

Trägt nicht allein das behutsame Ausweichen vor den schweren Spannungen in unserem Volke den Keim des Mißerfolges schon in sich? Ist es nicht gegen alle Regeln, auf einem durch und durch rissigen Fundament ein Gebäude errichten zu wollen, und dazu noch eins, das zehn Jahre Bauzeit beansprucht?

Der Kanzler sucht sich selbst über diesen Fehler in seiner Rechnung hinwegzutäuschen, indem er seine Absichten auf den Generalnenner der Demokratie bringt. Das wäre also ein Kompromiß nach berühmtem Muster. Aber es wird die einschläfernde Wirkung von Kompromissen nicht mehr haben, denn nachdem das Wort „Demokratie“ mehr als ein Jahrzehnt einen beispiellosen Korruptionsfumpf hat decken müssen, vermag bei noch zu beschränkter Lobpreisung auch der Bescheidenste kein Ideal mehr darin zu erblicken.

Tatsächlich hat das, was uns heute in Deutschland auf den Fingern brennt, mit der Staatsform an sich gar nichts zu tun. Es geht um den Bestand als Volk und Staat schlechthin. Da steht an allem Anfang die Tat, nicht das Mittelchen.

Vor allem anderen muß die weltanschauliche Klärung kommen, nach allem, was hinter uns liegt, die mutige Entscheidung gegen den Marxismus. Das schafft sofort den festen Boden für durchgreifende Maßnahmen, und man hätte vielleicht einen Zehnjahresplan in sicheres Licht gestellt. Denn man würde dann mit aller Deutlichkeit erkennen und aussprechen, daß unser Existenzproblem im tiefsten Grunde ein soziales und erst in zweiter Linie ein wirtschaftliches ist. Unter der Kompromißformel der Demokratie aber darf mit Rücksicht auf die in

anderen. So haben sich einzelne Gruppen oder Blöcke von Hütten gebildet. Das sieht wunderbarlich genug aus, da die Häuschen ganz verschieden in Form und Gestalt sind, ein verwahrlostes neben einem sorgfältig gehaltenen steht, das eine vorprängt und das andere zurücktritt. Die meisten haben jetzt gemauerte Kamine. Hier und da sieht man aber doch noch eine Blechöhre aus dem Dache ragen. Wir sehen einige Männer mit Kelle und Mörtelimer, die die rohe Ziegelwand ihres Häuschens verputzen. Ein anderer bessert an Fenstern und Türen und dort weiter ist einer noch in voller Bauarbeit. Er setzt seinem Häuschen eine neue Stube an und vielleicht entsteht dann mit der Zeit gar noch eine Küche. So sind die meisten Häuschen entstanden. Zuerst ein winziges Stübchen als Grundstock, es nicht mehr als 2 mal 2 Meter groß. Wenn man dann erst ein Dach über dem Kopf hat, wird weitergebaut, Kammer und Küche und Vorratsraum; alles freilich im winzigsten Maßstab. Aber doch hat es den Vorzug, etwas ganz und gar Eigenes, Selbstherrliches, Selbstgeschaffenes zu sein. Die arbeitsfähigen Leute arbeiten unausgesetzt an ihren Häuschen, um sie hübscher und bequemer zu machen. So sieht das eine und andere schon ganz wohnlich und freundlich aus. Die meisten freilich sind kaum als menschliche Wohnräume anzuspüren und genügen nicht den allerbescheidensten Bedürfnissen. Durch die Nagellocher des mit Dachpappe gedeckten Daches tropft der Regen, so daß Gefäße zum Auffangen des Wassers aufgehängt werden müssen, oder gar ein Regenschirm über dem Bett aufgespannt. Wer's irgend kann, nimmt Bleifelhaut für das Dach, die widerstandsfähiger ist. Doch aber bietet auch diese, ohne genügend untere Verkleidung des Daches, einen nur mangelhaften Schutz gegen Kälte und Nässe. Auch für einen ordentlichen Fußboden haben die Mittel nicht gereicht. Nur wenige der Häuschen haben eine Bretterdielen. Meist besteht der Fußboden aus Zement, der aber in manchen Fällen auch nur für die Hälfte des Zimmers gereicht hat und unter dem Tisch am Fenster spielen die Kinder im Schmutz oder im Sande. Doch aber steckt eine erstaunliche Geschicklichkeit in der Anlage dieser Häuschen. Eine große Zahl der Männer hat dabei die Erfahrungen verwertet, die sie im Kriege mit dem Bau von Schützengräben und Unterständen gemacht haben. So zeigt auch das Heinefeld eine gewisse Ähnlichkeit mit den Unterhofsbauten hinter der Schlacklinie, nur daß dort sehr viel mehr Baumaterial zur Verfügung stand.

Schluß folgt.

Auf dem Heinefeld.

Ein Kapitel aus dem großen Buche deutscher Not.
Von Anna Katterfeld.

In einem schönen Frühlingstage wanderte ich am Düsseldorfer Nordfriedhof vorüber der Stätte zu, wo Schlager unter französischen Kugeln sein junges Leben für Deutschlands Freiheit gelassen hat. In der tiefen, halb mit Bauschutt gefüllten Kuhle der Golzheimer Heide bezeichnet ein schlichtes Eichenkreuz die Stelle, die wie wenige in unserem deutschen Vaterlande Zeuge ist der Tiefen der Schmach und Not, in die unser deutsches Volk hat hinabsteigen müssen, als einer seiner besten Söhne ein Opfer seiner Vaterlandsliebe wurde.

Aber noch von einer anderen Art deutscher Not ist die Golzheimer Heide Zeuge. Wenn man vom Rande der Grube über die weite Sandfläche nach Norden blickt, entdeckt man dort, eng aneinander gedrückt, eine Reihe von Hütten, die ihrer Anzahl nach heute schon ein ganzes Dorf bilden könnten. Es ist das Heinefeld, eine Siedlung von Leuten, die, wie einst die Gefährten von Davids Flucht, „in Not oder Schanden oder betrübten Herzens sind“. Wie diese sind sie auch aus der Stadtgemeinschaft hinausgezogen, um sich hier in der Einsamkeit ein Dach über dem Kopf und eine neue Heimat vor den Toren der Großstadt zu schaffen.

Wie ist es zu dieser Siedlung gekommen? Es ist eine Reihe von Jahren her, daß sich die ersten Ansiedler hier niederließen. Vor dem Kriege war die Golzheimer Heide Übungsplatz des westfälischen Ulanenregimentes gewesen. Dann hatten die Franzosen sie zu militärischen Zwecken benutzt, und nach ihrem Abzug aus Düsseldorf hatten in den zurückgelassenen Pulverschuppen eine Reihe obdachloser Familien eine notdürftige Zuflucht gefunden. Einige hatten dann den Gedanken gefaßt, sich selbst ein Häuschen zu bauen. Einer der ersten Ansiedler hat seinerzeit in einem Brief an den „Aufwärts“ berichtet, wie er das gemacht hatte. Nach schwerer Wartezeit hatte er wohl Arbeit in D. gefunden, aber trotz allen Suchens keine Wohnung. Und Frau und Kinder warteten in der Ferne sehnsüchtig auf die Gelegenheit zum Vater zu ziehen. Da ist er zur Selbsthilfe geschritten und hat sich auf dem Heinefeld mit eigener Hand ein Bretterhäuschen gebaut. So hat er für sich und die Seinen ein Heim geschaffen, ein überbescheidenes zwar, aber doch ein eigenes, in dem ein glückliches Familienleben gedeihen konnte. Er war ein fleißiger, tüchtiger Mann. Die

monatliche Miete, die er in der Stadt hätte zahlen müssen, hat er zurückgelegt, und sich damit eine Siedlerstelle in einer der städtischen Siedlungen erworben. Sein Häuschen dient heute anderen Zwecken, von denen wir noch hören werden.

Der Vorgang des tapferen Mannes ist nicht ohne Nachfolge geblieben. Von Jahr zu Jahr haben sich hier im Sande der Heide immer mehr Familien niedergelassen, und jetzt sind es schon über 300, die bei der Polizei gemeldet sind.

Wir werfen einmal einen Blick in die so eigenartig entstandene Siedlung. Vom Düsseldorfer Außenbezirk Unterrath her ist sie am leichtesten zu erreichen. Unser Weg führt uns an den einstigen Ulanenkaserne vorbei, in denen heute zumeist obdachlose Familien untergebracht sind, eine Anhäufung furchtbarsten großstädtischen Elends! Hart daran schließt sich eine weit ausgedehnte städtische Siedlung mit freundlichen Häuschen und Gärten. Haben wir die letzten Häuser hinter uns gelassen, geht es eine langgestreckte Sanddüne hinauf, an deren Abhang Scharen von Kindern spielen, und nun liegt auf der anderen Seite die wilde Siedlung vor uns.

Ein fester Fußweg, der freilich durch keinen Graben umgrenzt ist und daher bei starken Regenfällen von Schmutz und Nässe überflutet werden muß, führt uns in wenig Minuten dorthin. Der Weg bedeutet einen großen Fortschritt. Bisher hat man durch den tiefen Sand der Heide waten müssen, um das Heinefeld zu erreichen. Dann aber haben sich die Männer der Siedlung auf Zureden des Unterrather evangel. Pfarrers zusammen getan und haben den Damm gebaut. Wieviel leichter geht es nun, alles zum Leben Nötige aus Unterrath im Rucksack herbeizuschaffen, wo der Fuß nicht mehr bei jedem Schritt bis an die Knöchel im tiefen Sande versinkt!

Wir kommen nun an die ersten Häuschen. Wie eng muß der Raum da drinnen sein, wo es uns scheint, als könnten wir die Wände nach jeder Richtung hin mit den ausgebreiteten Armen vermaßen. Nach der hinteren Seite fällt das Dach schräg ab. Vorne ist die Wand ein wenig höher, bietet aber nur Raum für eine winzige Tür und ebensolches Fenster. Doch aber freuen wir uns, hier und da helle Vorhänge und Blumenstücke an den Fensterleinen zu sehen. Das ist freilich die Ausnahme. Oft sind die Scheiben blind oder fehlen wohl auch ganz. Dann sind die Fensterlöcher mit Lumpen verstopft oder mit Holz und Pappe vermauert. Um die vierte Mauerseite zu sparen, klebt ein Häuschen wie ein Schwalbennest hart an dem

praxi höchst un-
menhang der
Man darf si
lers nicht täuf
sind, so unann
sal Deutschland
landsliebe sieh
aussehen, die i
unmöglich find
Was uns b
ein schon in sei

Gen

20000

Severing be-
begehre

Der preußi

begehren des

Landtages vor

des Ministers

Schreiben vom

„Dem Anst

solddaten e. V.

für ein Volksb

Preußischen La

zu entspre

chrift von 20

der Vorstand

helm“ nach Pa

fahren bei Vol

nur 1926 glau

figten Mitgli

Nach Paro

nung vom 23.

machung der

glieder eines

der bekann

stimmung sei

folgten Ziele

Das Schre

fam: sich der

keiner Richtu

lösung des Pre

hat. Auch aus

Zustimmung

dem mit dem

Preußischen

fähigung des

schungsgemä

den Beschluß

1930 und die

140 000 Mitgl

am 5. Oktober

fest, daß die

schlich einem

gehren ihre Zu

schlußfa

haupt nicht

lich um Beifal

Ersten Bundes

Vorstandsbes

daß an der

Staatsbürger

macht. Nach

Zahl der Teil

etwa 70 000

Das Schre

sehr hohe Zahl

helm“ war, vo

Im

— Hambur
melben, stellt
Schiffe unter
befremdenden
bei Schiffen un
sowie die
Die Blätter d
Beispiel unter
folgen könn
Der Verban
einer Zuschrif
u. a.:

„Der Damp
der im regel
Mexiko verkel
burg eingela
srichen und f
Der Befahung
graphisch gek
dann freigest
bleiben. Als
willigung zu
Seuer verla
Reederel Vog
den Befahung
den deutschen
mehr unter d
der Reeder g
deutende Erp
und Sozialla
44 v. S. der
iparnis an G
und 9 v. S.

uten Beweis
zialisten re-
hefte, die die
Die Krise
glers klaffen
st eine große
Teilnahmeh-
plan. Kann
Zahlen sein?
eltanschaulich
itratum über-
was auch nur

ten des deut-
swerk nicht
es Vorzeichen
nd das Miß-
aller Sanie-
alle Ziele ihre
ksamkeit die-
n Raum.

Daß man Ge-
man aber
t. Alles, was
Voraussetzung
In der
entrum und
aus erwach-

ichen vor den
den Reim des
alle Regeln,
ment ein Ge-
ins, das jeht

fehler in sei-
eine Absichten
bringt. Das
Muster. Aber
Kompromissen
Demokratie"
Korruptions-
zu beflissener
eal mehr da-

Deutschland
n an sich gar
ls Volk und
ng die Tat.

liche Klärung
die mutige
schafft sofort
nehmen, und
in sichere
elhaften Um-
eller Deutsch-
Existenzpro-
ist in zweiter
umpromissor-
auf die in

oder Blocks
genug aus,
und Gestalt
ältig geholte-
ndere zurück-
amine. Hier
schreie aus
er mit Kelle
ihres Häus-
fenstern und
er Bauarbeit.
an und viel-
ne Küche. So
erst ein win-
als 2 mal 2

— Hamburg, 8. Februar. Wie die Sonntagsblätter
melden, stellt die Hamburger Reederei H. Vogemann ihre
Schiffe unter fremde Flagge. Der Grund zu dieser
beseitigenden Maßnahme soll darin zu suchen sein, daß
bei Schiffen unter fremder Flagge die sozialen Lasten
sowie die steuerlichen Abgaben geringer sind. Die
Blätter drücken die Befürchtung aus, daß diesem
Beispiel unter Umständen noch andere Reedereien
folgen könnten.

Der Verband deutscher Schiffingenieure befaßt sich in
einer Zuschrift an die Presse mit diesem Fall und schreibt
u. a.:
„Der Dampfer „Bogtland“ der Reederei H. Vogemann,
der im regelmäßigen Frachtdienst nach dem Golf von
Mexiko verkehrt und vor einigen Tagen wieder in Ham-
burg eingelaufen ist, hat jetzt die deutsche Flagge ge-
strichen und soll künftig unter der Panama-Flagge fahren.
Der Befehl war vor dem Einlaufen des Schiffes tele-
graphisch gekündigt worden. In Hamburg wurde ihr
dann freigestellt, unter der neuen Flagge an Bord zu
bleiben. Als Bedingung hierfür wurde aber die Ein-
willigung zu einer 25prozentigen Kürzung der
Heuer verlangt. Durch den Flaggenwechsel fällt für die
Reederei Vogemann der Zwang zur Sozialversicherung
der Besatzung wie auch zur Besatzung des Schiffes nach
den deutschen Vorschriften weg. Das Schiff steht nicht
mehr unter der deutschen Gesetzgebung. Dadurch macht
der Reeder gegenüber anderen deutschen Reedereien be-
deutende Ersparnisse. Wir schätzen sie allein an Gehälter
und Soziallasten ohne die steuerlichen Ersparnisse auf
44 v. H. der normalen Belastung, nämlich 25 v. H. Er-
sparnis an Gehältern, 10 v. H. an Versicherungsbeiträgen
und 9 v. H. durch Einschränkung des Personals. Die

praxi höchst unsoziale Sozialdemokratie dieser Zusam-
menhang der Probleme nicht aufgedeckt werden.

Man darf sich also durch die Ausführungen des Kan-
zlers nicht täuschen lassen. So richtig sie im Einzelnen
sind, so unannehmbar sind sie für jeden, der das Schick-
sal Deutschlands aus der Tiefe ursprünglicher Vater-
landsliebe sieht, weil sie Kompromisse als möglich vor-
aussetzen, die in den uns bevorstehenden Entscheidungen
unmöglich sind.

Was uns bevorsteht, ist also nicht Sanierung, sondern
ein schon in seiner Anlage verfehlter Versuch der Sanie-

rung, ein Erzeugnis richtiger Erkenntnisse, nicht ausge-
wertet bis zur letzten Konsequenz sich selbst verantwort-
lichen Mutes. Ein Experiment angesichts gigantischer
Tatsachen und Notwendigkeiten.

Ich denke an einen, der in ähnlicher Lage auch das
Kompromiß zwischen Marxismus und Antimarxismus
suchte und bei der Formel „wohlverstandene Demokratie“
endete: Kerenski! Ist dieser Name und das mit ihm ver-
knüpfte Geschehen schon ganz in Vergessenheit gesunken?

Severing macht Schwierigkeiten.

20 000 Unterschriften verlangt.

Severing bezweifelt die Glaubhaftmachung des Volks-
begehrens — Eine Frist von zwei Monaten.

Der preussische Innenminister Severing hat das Volks-
begehren des Stahlhelms auf Auflösung des Preussischen
Landtages vorläufig zurückgewiesen. Die Stellungnahme
des Ministers wurde der Bundesleitung mit folgendem
Schreiben vom 7. Februar mitgeteilt:

„Dem Antrage des „Stahlhelm“, Bund der Front-
soldaten e. V., vom 1. Februar 1931, die Eistenauslegung
für ein Volksbegehren zuzulassen, das auf Auflösung des
Preussischen Landtages gerichtet ist, vermag ich nicht
zu entsprechen. Der Antrag trägt nicht die Unter-
schrift von 20 000 Stimmberechtigten. Infolgedessen müßte
der Vorstand der antragstellenden Vereinigung „Stahl-
helm“ nach Paragr. 2 Absatz 2 des Gesetzes über das Ver-
fahren bei Volksbegehren und Volksentscheiden vom 8. Ja-
nuar 1926 glaubhaft machen, daß 100 000 der stimmberech-
tigten Mitglieder des „Stahlhelm“ den Antrag unterstützen.

Nach Paragr. 4 Absatz 4 der Landesabstimmungsord-
nung vom 23. Januar 1926 genügt es zur Glaubhaft-
machung der Unterstützung des Antrages durch die Mit-
glieder eines Vereins, wenn „aus der Satzung oder aus
der bekanntgewordenen Betätigung des Vereins die Zu-
stimmung seiner Mitglieder zu dem vom Antrage ver-
folgten Ziele erkennbar ist.“

Das Schreiben besagt dann: „Auf seine Satzung
kann sich der „Stahlhelm“ nicht berufen. Sie läßt nach
seiner Richtung erkennen, daß der „Stahlhelm“ die Auf-
lösung des Preussischen Landtages zu seinem Ziele gemacht
hat. Auch aus der Betätigung des „Stahlhelms“ kann eine
Zustimmung von 100 000 stimmberechtigten Mitgliedern zu
dem mit dem Antrage verfolgten Ziele der Auflösung des
Preussischen Landtages nicht hergeleitet werden. Die Be-
stätigung des „Stahlhelms“ bewegt sich tatsächlich wie
sachgemäß in anderer Richtung. Die Berufung auf
den Beschluß des Stahlhelm-Vorstandes vom 4. Oktober
1930 und die zu ihm angeblich erfolgte Zustimmung von
140 000 Mitgliedern auf dem Stahlhelm-Tag in Koblenz
am 5. Oktober 1930 greift nicht durch. Es steht keineswegs
fest, daß die Teilnehmer an der Koblenzer Tagung tat-
sächlich einem auf Landtagsauflösung gerichteten Volksbe-
gehren ihre Zustimmung geben wollten. Auch ist eine Be-
schlußfassung der Mitglieder des „Stahlhelms“ über-
haupt nicht erfolgt. Es handelt sich vielmehr ledig-
lich um Beifallsäußerungen, die anlässlich der Rede des
Ersten Bundesvorsitzenden erfolgten, als dieser auf den
Vorstandsbeschluß hinwies. Im übrigen ist die Angabe,
daß an der Stahlhelm-Tagung 140 000 stimmberechtigte
Staatsbürger teilgenommen hätten keinesfalls glaubhaft ge-
macht. Nach zuverlässigen amtlichen Feststellungen hat die
Zahl der Teilnehmer an dem Stahlhelm-Tag höchstens
etwa 70 000 betragen.

Das Schreiben betont weiter, daß eine verhältnismäßig
sehr hohe Zahl der Teilnehmer Angehörige des „Jungstahl-
helm“ war, von denen etwa die Hälfte nicht stimmbere-

rechtigt war. Hierzu komme die Tatsache, daß an der
Koblenzer Tagung nicht nur preussische, sondern auch
Staatsbürger anderer deutscher Länder und sogar noch
Ausländer, z. B. eine Abordnung von Faschisten aus Ita-
lien, teilgenommen haben.

Die in dem Antrage unternommene Glaubhaftmachung,
daß mindestens 100 000 stimmberechtigte Mitglieder des
„Stahlhelm“ einen Antrag auf Auflösung des Preussischen
Landtages unterstützen, entfällt daher insoweit, als sie auf
die Koblenzer Tagung des „Stahlhelm“ abgestellt sei.

In dem Schreiben wird schließlich angeführt, daß der
„Stahlhelm“ nicht einer politischen Partei gleichge-
achtet werden könne, deren Mitgliederzahl bei den Wahlen
einen einseitig gerichteten politischen Willen haben. Es
muß hiernach durchaus damit gerechnet werden, daß ein er-
heblicher Teil von Angehörigen dieser Organisationen, so-
mit auch des „Stahlhelms“, einen Antrag auf Auflösung
des Preussischen Landtages nicht unterstützen würden.

Zusammenfassend heißt es in dem Schreiben:

„Aus diesen Erwägungen kann ich die geforderte vor-
geschriebene Glaubhaftmachung bisher nicht als erfolgt
ansehen. Gemäß der Landesabstimmungsordnung sehe ich
hiernach zur Beibringung einer weiteren und ausreichenden
Glaubhaftmachung eine Frist von zwei Monaten
mit der in der Landesabstimmungsordnung vorgeschriebe-
nen Androhung, daß nach deren erfolglosem Ablauf die Ab-
lehnung des Antrages erfolgen wird. Falls der „Stahl-
helm“ nicht in der Lage ist, eine den geforderten Vorrich-
ten entsprechende Glaubhaftmachung für den Antrag seines
Vorstandes beizubringen, muß es ihm überlassen bleiben,
einen neuen von 20 000 Stimmberechtigten unterschrie-
benen Antrag nach Paragr. 2 Absatz 1 des Gesetzes in der
in den Paragraphen 1—3 der Landesabstimmungsordnung
vorgesehenen Form vorzulegen.“

Die Deutsche Volkspartei für das Volksbegehren.

Der „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, hat dem
Parteilührer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, of-
fiziell von der Einbringung des Volksbegehrens zur Auf-
lösung des Preussischen Landtages Mitteilung gemacht. Ab-
geordneter Dingeldey hat darauf geantwortet, daß die
Deutsche Volkspartei das Volksbegehren unterstützen werde.

Die 20 000 melden sich.

Nach einer Meldung des Bundesamts des Stahlhelms
ist bereits Vorfrage getroffen worden, daß die vom preu-
ssischen Innenminister Severing geforderten zusätzlichen
20 000 Unterschriften für den Volksbegehren-Antrag in den
Landesverbänden Berlin und Brandenburg des Stahl-
helms gesammelt werden.

Im Zeichen der „Sanierung“.

Deutsche Dampfer unter fremder Flagge.

... aus Ersparnisgründen.

— Hamburg, 8. Februar. Wie die Sonntagsblätter
melden, stellt die Hamburger Reederei H. Vogemann ihre
Schiffe unter fremde Flagge. Der Grund zu dieser
beseitigenden Maßnahme soll darin zu suchen sein, daß
bei Schiffen unter fremder Flagge die sozialen Lasten
sowie die steuerlichen Abgaben geringer sind. Die
Blätter drücken die Befürchtung aus, daß diesem
Beispiel unter Umständen noch andere Reedereien
folgen könnten.

Der Verband deutscher Schiffingenieure befaßt sich in
einer Zuschrift an die Presse mit diesem Fall und schreibt
u. a.:
„Der Dampfer „Bogtland“ der Reederei H. Vogemann,
der im regelmäßigen Frachtdienst nach dem Golf von
Mexiko verkehrt und vor einigen Tagen wieder in Ham-
burg eingelaufen ist, hat jetzt die deutsche Flagge ge-
strichen und soll künftig unter der Panama-Flagge fahren.
Der Befehl war vor dem Einlaufen des Schiffes tele-
graphisch gekündigt worden. In Hamburg wurde ihr
dann freigestellt, unter der neuen Flagge an Bord zu
bleiben. Als Bedingung hierfür wurde aber die Ein-
willigung zu einer 25prozentigen Kürzung der
Heuer verlangt. Durch den Flaggenwechsel fällt für die
Reederei Vogemann der Zwang zur Sozialversicherung
der Besatzung wie auch zur Besatzung des Schiffes nach
den deutschen Vorschriften weg. Das Schiff steht nicht
mehr unter der deutschen Gesetzgebung. Dadurch macht
der Reeder gegenüber anderen deutschen Reedereien be-
deutende Ersparnisse. Wir schätzen sie allein an Gehälter
und Soziallasten ohne die steuerlichen Ersparnisse auf
44 v. H. der normalen Belastung, nämlich 25 v. H. Er-
sparnis an Gehältern, 10 v. H. an Versicherungsbeiträgen
und 9 v. H. durch Einschränkung des Personals. Die

Offiziere und Mannschaften werden recht-
los, weil sie unter der neuen Flagge weder einem See-
mannsgefeß, noch etwa einem Tarif — Panama kennt
beides nicht — unterstehen und ihre in Deutschland bisher
erworbenen Ansprüche aus den Sozialversicherungen nur
durch freiwillige Fortsetzung der Versicherungen aus eige-
nen Mitteln aufrecht erhalten können.“

Sirenenklänge.

Wissudskis Pariser Besprechungen.

— Gerüchte aus London.

— Berlin, 8. Februar. Wie die Berliner „Montags-
post“ aus politischen und diplomatischen Kreisen Londons
erfahren haben will, soll Wissudski auf seiner Madeira-
Reise in Paris Besprechungen über eine vollkommene
Neuorientierung seiner Außenpolitik gehabt haben. We-
gen der drohenden Sowjetrussischen Gefahr soll nach den
Informationen des Blattes Wissudski wünschen, sich für
den Fall eines Krieges mit Sowjetrußland der abso-
luten und womöglich wohlwollenden Neutralität Deutsch-
lands zu verschließen. Seine Pariser Verhandlungen hät-
ten sich vor allem darauf bezogen, entsprechende Vor-
schläge an Deutschland heranzubringen. Als Preis wolle
Wissudski bestimmte Grenzrevisionen im Korridor und an
der oberösterreichischen Grenze zugestehen. Mit diesem Vor-
schlag soll sich Wissudski die Unterstützung der englischen
und französischen Diplomatie gesichert haben, da man
heute nicht nur in London, sondern auch schon in Paris
überzeugt sei, daß erst die Vereinigung der Korridor-
frage den Frieden in Osteuropa sicherstellen könne.

Reichstagsauflösung abgelehnt.

Mit 318 gegen 207 Stimmen. — 293 Stimmen für,
221 gegen den Mißtrauensantrag.

— Berlin, den 7. Februar 1931.

Der Reichstag führte unter nochmaligen heftigen
Auseinandersetzungen die Beratung des Haushalts des
Reichskanzlers zum Abschluß und stimmte danach über
den eingebrachten Mißtrauensantrag ab. Die Auszäh-
lung der Stimmen ergab die Ablehnung des national-
sozialistisch-kommunistischen Mißtrauensantrags gegen
das Gesamtkabinett mit 293 gegen 221 Stimmen. 13
Abgeordnete, in der Hauptsache Wirtschaftsparteiler,
hatten sich der Stimme enthalten. Für den Mißtrauens-
antrag stimmten abgesehen von den Antragstellern auch
die Deutschnationalen und das Landvolk.

Nach dieser Abstimmung beantragte das Zentrum
über den Mißtrauensantrag gegen Reichsminister Tre-
viranus zur Tagesordnung überzugehen. In der Ab-
stimmung stimmte das Plenum diesem Antrag mit 312
gegen 206 Stimmen unter sieben Stimmenthaltungen
wirtschaftsparteilicher Abgeordneter zu. Die Landvolk-
partei hatte den Antrag auf Übergang zur Tagesord-
nung unterstützt.

Der Antrag der Nationalsozialisten, den Reichs-
präsidenten um die Auflösung des Reichstages zu er-
suchen, verfiel mit 318 gegen 207 Stimmen der Ab-
lehnung. Für die Reichstagsauflösung waren die Na-
tionalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommuni-
sten und Abgeordneter Dr. Wendhausen von der
Landvolkpartei eingetreten.

In der vorausgegangenen Debatte hatte Abg. Borne-
mann die Ablehnung der Mißtrauensanträge durch die
Deutschnationalen kurz begründet. Abg. Dr. Eberfrohne
(Dnt.) wandte sich in der Hauptsache scharf gegen die Aus-
führungen Dr. Brünnings und richtete dabei sechs Fragen
an den Kanzler. Brünnings Behauptung, er habe 1927 Hu-
genbergs vorgelegten, erst den Osten zu entschulden und
die Reparationsfrage zu lösen, sei eine Unwahrheit. Abg.
Dr. Kleiner (Dnt.) kritisierte insbesondere die Soos-Rede.
Wolle man die Dsthilfe mit Auslandskrediten finanzieren,
dann werde uns das zum Verhängnis gereichen.

Während dieser Ausführungen herrschte im Hause
größte Unruhe. Präsident Löbe hatte mehrfach Ord-
nungsrufe ertönt.

Abg. Lude (Wirtschp.) führte aus, der Mittelstand
bekämpfe sowohl den Marxismus von links als auch den
Sozialismus der Nationalsozialisten. Abg. Böhrich (Dt.
Landv.) begründete die Ablehnung der Reichstagsauflösung
durch das Landvolk mit der Notwendigkeit von Sofortmaß-
nahmen für die Landwirtschaft. Abg. Dr. Leh (Nat.-
Soz.), der als letzter Redner zum Etat des Kanzlers
sprach, führte aus, im Mittelpunkt der Debatte habe nicht
die Kanzlerrede, sondern die erste Rede Dr. Goebbels
im Reichstag gestanden. Damit sei die überragende Be-
deutung der Nationalsozialisten gekennzeichnet. Redner
wandte sich ferner gegen die Ausführungen des Abg. Soos.
Die dann folgenden

Abstimmungen zum Haushalt

des Kanzlers

nahmen längere Zeit in Anspruch. Dabei wurden gegen
die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnatio-
nalen und der Kommunisten eine ganze Reihe von Ab-
änderungs- und Streichungsanträgen abgelehnt, so
z. B. ein kommunistischer Antrag, das Gehalt des
Reichskanzlers zu streichen. Für diesen Antrag stimm-
ten 314, dagegen 207 Abgeordnete.

Als dann der Zentrumsabgeordnete Esser bean-
tragte, über alle anderen Abänderungsanträge zur Ta-
gesordnung überzugehen, protestierten die Sprecher der
nationalsozialistischen, der deutschnationalen und der
kommunistischen Fraktion aufs schärfste dagegen mit der
Begründung, dieser Antrag stelle eine Enttachtung der
Opposition dar. Die Abstimmung endete mit der An-
nahme des Antrags auf Übergang zur Tagesordnung;
für den Antrag Esser stimmten 301, dagegen 218 Ab-
geordnete.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stimmte der
Reichstag dann noch mit 305 gegen 205 Stimmen einem
Antrag Esser auf en-bloc-Akklamation des Haushalts des
Reichskanzlers zu. Von Seiten der Nationalsozialisten
und der Deutschnationalen wurde die Gültigkeit dieses
Verfahrens bestritten, doch erklärte Präsident Löbe den
Antrag für zulässig und den Etat des Reichskanzlers
und der Reichskanzlei für angenommen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte vertagte
sich der Reichstag darauf auf Montag. Auf der Tages-
ordnung stehen die Beratung des Haushalts des Reichs-
präsidenten sowie die Abstimmung über die Verschärf-
ung der Geschäftsordnung und die Genehmigung
der etwa 300 Anträge auf Strafverfolgung
von Reichstagsabgeordneten.

Die Hilfe für den Osten.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Zu der Behauptung in der Erklärung des deutschnatio-
nalen Fraktionsführers Dr. Eberfrohne in der letzten
Reichstagsitzung, daß die Feststellung des Reichskanz-
lers, er habe nach der Regierungsbildung 1927 dem Ab-
geordneten Dr. Hugenberg einen Vorschlag des In-
haltes gemacht, zuerst den deutschen Osten zu entschulden
und dann erst die Reparationsfrage aufzurollen, in keinem
Punkte den Tatsachen entspreche, läßt der Reichskanzler er-
klären, er bedaure, daß Herrn Hugenberg die Erinnerung
an die seinerzeitige Besprechung im Stich gelassen habe;
er sei aber durch Zeugennachweis jederzeit in der Lage,
den Inhalt der damaligen Unterredung zu bekräftigen.

Die Abstimmung im Reichstag.

Die Wirtschaftspartei gespalten.

Nach dem endgültigen Abstimmungsergebnis ist das
von den Nationalsozialisten und Kommunisten beantragte
Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning von dem
Reichstag mit 292 gegen 220 Stimmen bei 13 Enthaltun-
gen abgelehnt worden.

Der Stimme enthalten haben sich zehn Mitglieder der
Wirtschaftspartei, sowie die drei Deutsch-Hannover-
aner. Die fünf übrigen in der Sitzung anwesenden
Mitglieder der Wirtschaftspartei haben gegen das Mißtrau-
ensvotum gestimmt, ebenso die anwesenden Mitglieder der
Christlich-Sozialen und Konservativen Fraktionsgemein-
schaft. Die Mitglieder des Landvolks stimmten für

das Misstrauensvotum; von dieser Fraktion nahmen jedoch vier Abgeordnete, darunter Dr. Gereke und Schlange-Schönungen, an der Abstimmung nicht teil.

Landwirtschaft als Fundament.

50-Jahrfeier der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. — Ansprachen Prof. Kereboes und Staatsminister Dr. Steiger.

— Berlin, 9. Februar.

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste feierte die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin den Jahrestag ihres 50-jährigen Bestehens. Nach dem Einzug der Professoren und des Senats gedachte Professor Kereboes, der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule, der Arbeit des Instituts und jener Männer, die sich um die Landwirtschaftliche Hochschule der Reichshauptstadt verdient gemacht haben. Der Jubiläumswunsch Kereboes ging dahin, daß die großen Pläne zur Errichtung einer Landbauhochschule in Dahlem, für die die feinerzeit gestifteten Mittel durch die Inflation entwertet worden sind, recht bald Wirklichkeit werden möchten.

Nach dem Chorgefang „An das Vaterland“ von Mozart sagte Staatsminister Dr. Steiger, der Leiter des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, der Hochschule für ihre Leistungen Dank. Seinen Ausdruck fand der Dank mit einer Anzahl von Ernennungen und mit der Verleihung des silbernen Ehrenschildes des preussischen Landwirtschaftsministeriums an Prof. Kereboes.

Im einzelnen führte Staatsminister Dr. Steiger in seiner Rede an die Festversammlung noch aus:

„Wenn auch eine Reihe von Wünschen unerfüllt geblieben ist, hoffe ich doch, daß Sie trotz mancher Enttäuschungen bereit sind, auch weiterhin der deutschen Landwirtschaft und dem deutschen Gartenbau die Hilfe und die Unterstützung zu leisten, deren sie mehr denn je bedürfen. Laßt doch die Sorge, die heute unser gesamtes Wirtschaftsleben bedrückt, besonders schwer gerade auf diesen beiden wichtigen Zweigen unserer Produktion! Eine große Zahl von Betrieben kämpft hart um ihre Existenz. Nur bei einer Zusammenfassung aller Kräfte wird es möglich sein, die Energien aufzubringen, die notwendig sind, um der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden.“

Die heutigen Verhältnisse haben dabei die frühere Problemstellung teilweise verschoben. Sicher bedarf es auch heute noch erheblicher Anstrengungen, um die große Lebensmittelfürsorge aus dem Auslande durch zweckentsprechende Ausbarmachung der in der heimischen Scholle ruhenden Kräfte im eigenen Lande zu erzeugen; doch ist die Mehrerzeugung nicht mehr schlechthin das Ziel. Denn einmal hat die Entwicklung dank des Aufschwungs der Landwirtschaftstechnik bei einigen Erzeugnissen bereits zu einer Produktion geführt, die den Inlandsbedarf übersteigt. Ferner ist es notwendig, in Zukunft auch der Qualität der Erzeugnisse mehr Berücksichtigung zu schenken als bisher. Diese Sachlage führt zwangsläufig zu einer stärkeren Beschäftigung mit dem Problem des Marktwesens. Hier den Vorrang, den eine Reihe von anderen Ländern, wie Nordamerika, Dänemark, Holland, gewonnen haben, einzuholen, ist eine Aufgabe, an deren Erfüllung die Wissenschaft mitzuarbeiten in vorderster Linie berufen ist.

Das gleiche gilt für die dringend notwendige Senkung der Erzeugungskosten.

ohne die die Wiedergewinnung der Rentabilität der Betriebe ebenso wenig möglich sein wird wie die Abwehr der ausländischen Konkurrenz. Der Steigerung der Einzelleistung von Tier und Pflanze kommt dabei die gleiche Bedeutung zu wie der Anwendung zweckmäßiger Arbeitsmethoden unter weitgehender Verwendung arbeitssparender Maschinen und Geräte.

So bleibt der Hochschule für die Zukunft ein reiches Feld der Tätigkeit.

Die Erfüllung der daraus sich ergebenden Aufgaben bedeutet gleichzeitig eine wichtige vaterländische und kulturelle Arbeit. Denn die Landwirtschaft ist das Fundament der Wirtschaft, ein wirtschaftlicher Aufstieg ist ohne sie nicht denkbar. Das Wohl und Wehe unseres Volkes und unseres Vaterlandes hängt somit nicht zuletzt von ihrem Gedeihen ab. Die Geschichte zeigt aber auch, daß die Völker in der Kultur am höchsten standen, die eine blühende Landwirtschaft ihr eigen nannten.

Ihren Abschluß fand die Jubelfeier mit Ansprachen der zu dem Festakt entsandten Vertreter der Berliner und der übrigen deutschen Hochschulen. Zu Ehrendoktoren wurden aus Anlaß des Jubiläums ernannt Staatsminister Dr. Steiger, der Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer Dr. Brandes, der Präsident der brandenburgischen Landwirtschaftskammer

von Oppen und der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft Dr. von Wewitsch-Karlsburg.

Amerika gegen Schuldentürzung

„Eine Revision der Kriegsschulden beifalls in zwei bis drei Jahren möglich.“

— Paris, 9. Februar.

Der New Yorker Berichterstatter des „Petit Parisien“ legt in einem Artikel Amerikas Haltung in der Frage der Herabsetzung der Kriegsschulden dar und schreibt dazu: „Selbst wenn der Zustand der amerikanischen Finanzen sich demnächst bessern würde, würden der Revision der Kriegsschulden andere Hindernisse im Wege stehen, nämlich der Geisteszustand und die Rüstungen in Europa. Damit eine Herabsetzung der Schulden von dem Steigen der Kaufkraft der Schuldnerländer gefolgt wäre, müßten die Regierungen den einzelnen Bürgern den Nutzen eines solchen Schuldennachlasses in Form von Steuerermäßigungen spürbar machen. Aber wer übernehme die Gewähr dafür, daß eine Schuldenermäßigung nicht dazu verwandt würde, die Ausgaben für Rüstungszwecke zu erhöhen, die die europäischen Regierungen nach Ansicht Amerikas noch in allzu bedeutendem Maße zu machen belieben? Wenn die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 glückte und auf die Entspannung der Geister eine Herabsetzung der Militärausgaben folgte, dann werde das amerikanische Volk viel eher zu Konzessionen bereit sein.“

Außerdem müsse die Präsidentschaftswahl vorbei sein, ehe der Kongreß dem Lande den Puls fühlen könne und man die geringste Initiative zu ergreifen wagen dürfe. Es wäre also falsch, anzunehmen, daß eine Revision der Kriegsschulden beifalls von zwei bis drei Jahren möglich wäre.“

Man ersieht daraus, daß der Vorschlag des Grafen d'Ermeville, der Amerika einen Restzins auf 50 Prozent der Kriegsschulden zumutete, selbst unter rein reparationspolitischen Gesichtspunkten wenig Aussicht hat, ganz zu schweigen von der Verknüpfung dieses Planes mit der Abrüstungsfrage, die ihn völlig unmöglich macht.

Die Streikunruhen in Uffort.

Verurteilung der Angeklagten zu Gefängnis.

Das erweiterte Schöffengericht Moers verurteilte den Reichen Friedrick Riese aus Moers und den Bergmann Paul Sender aus Meerbeck, die beide der R.P.D. angehören, wegen Aufstehens zu einem Jahr Gefängnis.

Der Anklage lagen die Vorgänge auf Schacht 5 der Zeche Rheinpfeifen in Uffort bei Moers zu Grunde, wo vor einigen Wochen Streikunruhen vorgekommen waren. Die Angeklagten bestritten, die Menge aufgewiegelt und gegen die Polizeibeamten aufgebeutelt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab aber ihre Schuld. Der Vertreter der Anklagebehörde hielt deshalb die Angeklagten des Aufstehens im Sinne des Paragraphen 115, Absatz 2 des Strafgesetzbuches für schuldig und beantragte gegen jeden Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Das Gericht kam zu der oben genannten Verurteilung.

Kulturtag der Volkspartei.

Ein Reichsschulgesetz gefordert.

Die Deutsche Volkspartei hielt in Berlin eine kulturpolitische Tagung ab. Das grundsätzliche Referat hielt der frühere preussische Kultusminister Dr. Boelitz im Anschluß daran sprach der Landtagsabgeordnete Schwarzhaup über die preussische Kulturpolitik, der Vizepräsident des Sächsischen Landtages, Prof. D. Schmidt, berichtete über die kulturelle Arbeit in Sachsen, der Vorsitzende der thüringischen Landesfraktion Dr. Wilmann schilderte die besonderen Schwierigkeiten der kulturpolitischen Lage in Thüringen, Staatsminister a. D. Marquardt berichtete über die braunschweigische Kulturpolitik und Frau Oberstudiendirektor Dr. Watz sprach über Reichskulturpolitik. An die Referate schloß sich eine große Aussprache. Uebereinstimmend kam der stärkste Wille zur kulturpolitischen Aktivität zum Ausdruck. Die praktischen Aussichten eines Reichsschulgesetzes wurden geteilt beurteilt, die Forderung eines Reichsschulgesetzes als Ziel für notwendig erklärt.

In seinem Schlußwort erklärte Dr. Boelitz nochmals unter lebhafter Zustimmung, daß es notwendig sei, für ein Reichsschulgesetz einzutreten. Die Deutsche Volkspartei bekennet sich zu einer idealistischen Weltanschauung, deren Untergrund im Religiösen wurzelt. Hochachtung vor der religiösen Ueberzeugung jedes Einzelnen sei das Prinzip des Liberalismus.

Der zweite Tag der Verhandlung war der Erörterung des Themas „Wirtschaft und Schule“ gewidmet.

Die zweitägigen Beratungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschließung, in der insbesondere gefordert wird, daß der Reichstag endlich durch ein Reichsschulgesetz die klare Rechtslage auf dem Gebiete des Schulwesens schafft und daß Preußen nach dem erfolglosen Abschluß des Konkordats mit der katholischen Kirche den Kirchenvertrag mit der evangelischen Kirche unverzüglich abschließt.

Heimkehr der Delegierten.

Appell an England zur Freilassung aller Gefangenen. — Bombay, 9. Februar.

Den von der Londoner Konferenz heimkehrenden indischen Delegierten wurde bei ihrer Ankunft in Bombay von der Bevölkerung ein herzliches Willkommen dargebracht.

Die Delegierten haben auf der Rückfahrt eine längere Erklärung über ihre im Laufe der Konferenz am Runden Tisch gesammelten Eindrücke verfaßt. Darin heißt es unter anderem, daß sie in der Freilassung der Kongreßführer einen weiteren Beweis für das richtige Bestreben der britischen Regierung erblickten, für die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse volle Freiheit der Meinungsäußerung zu gewährleisten.

Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Freilassung der übrigen Gefangenen folgen möge. Im weiteren gaben die Delegierten der Ansicht Ausdruck, daß der Erreichung des Dominionsstatus keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Die in Aussicht genommene Föderation werde in vielen Dingen Einheitlichkeit in die Gesetzgebung und Politik bringen, und zwar in Dingen, an denen ganz Indien interessiert ist, wie Verteidigung, Finanzpolitik und Verkehrsweisen. Prosperität könne nur bei einem harmonischen Ausgleich der Interessen des britischen und des indischen Indiens erreicht werden. Die Delegierten glauben, daß die Vorbehalte den Gedanken, die politische Macht in indische Hände übergehen zu lassen, in seinem Wesen nicht beeinträchtigen werden.

Tittoni gestorben.

Rom, 9. Februar. Tomasso Tittoni, der mehrfache italienische Außenminister, von 1910–1916 Botschafter in Paris, später Senatspräsident, ist nach schwerem Leiden im Alter von 75 Jahren an den Folgen einer Grippe gestorben. Durch seine zwiespältige Politik hat er viel zur Entfesselung des Weltbrandes beigetragen. Nach außen hin betonte er Italiens Festhalten am Dreibund, führte aber gleichzeitig eine freundschaftliche Annäherung an die Ententemächte herbei, die den Boden für Italien eintreten in den Krieg gegen die Mittelmächte vorbereitete. Er gehörte zu den italienischen Friedensunterhändlern.

Sechs Tote bei dem Krakauer Zugzusammenstoß.

Kattowitz, 9. Februar. Bei dem Zusammenstoß eines Schnellzuges und eines Personenzuges in der Nähe von Krakau sind nach den neuesten Feststellungen sechs Tote, 15 schwer und 31 leicht Verletzte zu beklagen. Die meisten Opfer sollen Ostoberschlesler sein.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer. Heute, Montag, Männerchor, 8 1/2 Uhr in Ephrata. Vollzähligkeit nötig.

Dienstag 8 Uhr Turnen (Volkschule). Mittwoch 8 Uhr in Gosen Jungmännerkreis (Herr Romann über den Berliner C.V.M.).

Zum Missionstagen am Mittwoch, 11. Februar, 3 1/2 Uhr im Großen Hofplatz laden herzlich ein V. Trittelsoy.

Gemeindeabend. Für die Eltern und alle Freunde unserer Jugend soll Mittwoch, den 11. Februar 1931, abends 8 1/2 Uhr — in Gosen (nicht Asaphum) — ein Gemeindeabend gehalten werden. P. Decius aus Brake, der als Leiter der Minden-Ravensberger Kinderergottesdienste weithin bekannt ist, wird einen Vortrag halten über das Thema: „Elternfreude am Kinderergottesdienst“. Im Anschluß daran will Pastor Wilmanns noch einiges zu der Frage sagen: „Wie wecken wir in der heranwachsenden Jugend Verständnis für das Gemeinleben?“ Der Kinderchor von Bethaida und das Bläser-Orchester werden die Umrahmung für die Veranstaltung geben. Es wäre sehr erwünscht, daß die Teilnehmer durch Ergänzungen und Anfragen zur Bereicherung dieses Gemeindeabends beitragen. Es wird aufs herzlichste eingeladen.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Haustochter

nehmen auf zum 1. April 1931, schlicht um schlicht. Vollmer, Blaufenese, Weddigenstraße 50.

Suche für meinen Haushalt von 3 kleinen Kindern gebildete, fröhliche

Haustochter

nicht unter 20 Jahren, ohne gegenwärtige Verlobung. Tüchtiges Mädchen vorhanden, Kochen kann erlernt werden. Schmerdtotte, Pfr., Bochum-Werne.

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen Hindenburgstraße Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Suche für meine Tochter, 19 1/2 Jahre alt, Stellung als

Haustochter

bei besserem, jüngerem Ehepaar, schlicht um schlicht. Angebote an die Geschäftsst. d. Bl. unt. A 1133

Gebildete Kaufmannstochter, 28 J., langj. Erfahr. im Haush., sucht für 1/2 Jahr (April bis Oktober) Stelle als

Haustochter.

Größ. Familie, wo Hilfe vorh. bevorzugt. Familien-Anschluß und Taschengeld erwünscht.

Elisabeth Kadesch, St. Goarshausen a. Rh.

I. bilanzs. Buchhalter

mit langj. Erfahrungen, 34 Jahre, verh., gläub. Christ, sucht Veranlassung, auch als Kassierer, Geschäftsführer usw. Angebote unter A 1110 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathhausstr. 3. Tel. 955

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:

Dahlien, Gladiolen, Begonien.

Baumschulartikel:

Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Harmonium

wenig gebraucht, billig und günstig abzugeben

R. Thunert & Söhne, Bad Deynhausen Herfordstraße 47.

Stellengefuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Reiflose

Hühneraugen

und Hornhautverfärbung durch

Schmerz laß nach

Tube 50 Pfennig.

Reformhaus Eden

Neustädterstraße 8.

Knoblauchzwiebelkraft

ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Rheuma, bei Juck- und Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die Orientalen den Knoblauchkraft gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend Mk. 3.50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen liefern ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Dito Radak, Bad Deynhausen 4.

Nr. 35.

Gern
Nied
Sind
Der

Die kom
Deutsch
der

Das G
vom 4. ds.
den wir i

Der Geistes
die allergrößte
gültigkeit, die
machte, beginn
die bei jeder
droht. Die au
freundlich beha
ausländischen
Deutschland lei
den, weil man

Diese und v
stesverfassung
Monaten von
kratie und geg
richteten Kamp
folgsamkeit
Umschlag der g
ben. Bekanntl
eigene Gewer
christlichen un
Kampfstellung
auf diesem Ge
ster Zeit eine
allein 25 folche
tungen verfü
Rüstzeug zur
sitten, gegründ
Streit unter
Reichskanzler
schüttet und de

Man muß
hat in diesen
die Ruhe verlo
Landes Großer
lichkeiten nicht
liche Existenz
ten und den a
des Reichstags
eine unabhäng
des Landes di
scheint es, daß
der Rechten e
auch für die Z
Sozialdemokra
dem Marxismu
nings hat in d
zwischen den
der Mitte habe
zialdemokratie
die Rechten, d
deutschen Volk
Regierung und
ebenso schuldig
ben. Aber auc
in letzter Zeit
gen arten im
Ausbreitunge
folge. Die Erb
schaftlichen Pa
sagen kann, do